

beteiligten Behörden, der Schulleitung und den Elternvertretern soll dann ein zukunftsfähige Konzept für einen dauerhaft gesicherten Schulweg entworfen und als Pilotprojekt getestet werden. Positive Ergebnisse können auf andere Schulen und Schulwege übertragen werden.

Auf Antrag der Fraktion der SPD:

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, unter Einbeziehung des auf Antrag der Fraktion der CDU vom 11.12.2014 vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und demografische Entwicklung in seiner Sitzung vom 22.01.2015 gefassten Beschlusses über die Prüfung einer Begrenzung der Parkzeiten auf den städtischen Parkplätzen gegenüber der Paul-Maar-Schule, des Antrags der Fraktion der SPD vom 29.01.2020 und der Eingabe eines Bürgers vom 04.10.2019 nach einer Lösung der Verkehrssituation vor Schule und Kindergarten zu suchen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

34	Ratingen Sicherer Hafen Jetzt	Auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und Die Optimisten
----	-------------------------------	--

Auf Antrag der Fraktion der Bürger-Union:

Die Sitzung wird für die Dauer von 5 Minuten unterbrochen.

Auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Optimisten:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Ratingen unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke - Schafft sichere Häfen“ und erklärt sich offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen.
2. Der Rat stellt fest, dass die Stadt Ratingen bereit ist, geflüchtete Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, zusätzlich zur Verteilquote aufzunehmen.

Die Verwaltung wird diese Bereitschaft der Bundesregierung mitteilen und anbieten.

3. Der Rat der Stadt Ratingen erklärt sich insbesondere verbindlich bereit, im Rahmen des Bündnis Seebrücke 18 unbegleitete Kinder aus dem griechischen Flüchtlingslager Moria aufzunehmen.
4. Die Bundesregierung und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat sowie das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen werden aufgefordert, die Angebote der Kommunen für direkte Hilfen endlich anzunehmen und die aufnahmewilligen Kommunen zu unterstützen sowie die Möglichkeiten der Aufenthaltsgewährung nach § 23 Abs. 1 bzw. Abs. 2 AufenthG für den Personenkreis der Seenotgeretteten zu nutzen und auszuschöpfen.
5. Der Rat appelliert an die Bundes- und Landesregierung, sich endlich verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen, für sichere Fluchtwege und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretter*innen entgegenzutreten.

Abstimmungsergebnis: 32 dafür
21 dagegen
00 Enthaltungen
mehrheitlich **zugestimmt**

Die anwesenden Mitglieder der folgenden Fraktionen stimmen für den Antrag:
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Bürger-Union, FDP, Optimisten, SPD und der Bürgermeister

Die anwesenden Mitglieder der folgenden Fraktionen stimmen gegen den Antrag:
AfD und CDU

35	Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit	Auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU, Bürger- Union, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Optimisten
-----------	--	---

Auf gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU, Bürger-Union, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Optimisten:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Ratingen beschließt folgende Resolution als Selbstverpflichtung: